

3. März 1967: Gespräch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Botschaft in der BRD, A. D. Zacharov, mit dem Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes, E. Bahr*

Geheim. Expl. Nr. 1

Niederschrift des Gesprächs mit dem verantwortlichen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes der BRD und dem persönlichen Berater Brandts, Egon Bahr

Am 3. März besuchte ich E. Bahr im Auswärtigen Amt der BRD und führte mit ihm ein Gespräch. Mit Bahr verbanden mich früher, während meiner Arbeit in Berlin, recht gute persönliche Beziehungen und das Gespräch war vertraulich.

Ich drückte Bahr meine Freude über seine Bestellung auf den verantwortungsvollen Posten im Außenministerium aus und wünschte ihm Erfolg bei der Arbeit, besonders bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern.

Bahr bedankte sich für den Besuch und die zum Ausdruck gebrachten Glückwünsche und ging gleich zum dienstlichen Teil des Gesprächs über.

Bahr merkte an, dass die Regierung der BRD die Frage der Entspannung in Europa und der Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Europas ernst nehme. Dafür unternehme sie große Anstrengungen und sei bemüht, die bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Danach setzte sich Bahr mit der Position der Regierung der BRD in Bezug auf die von der Sowjetunion genannten Bedingungen zur Entspannung in Europa und zur Verbesserung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen auseinander. Er merkte an, dass sich die neue Regierung der BRD in all diesen Fragen (Anerkennung der DDR, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und Abkehr von atomarer Bewaffnung) bemühe, ein positives Programm auszuarbeiten. Dieses Programm sei in seinem Kern ein sozialdemokratisches.

Bahr betonte besonders, dass die Regierung der BRD ihre Einstellung in der Frage der Entspannung in Europa entscheidend geändert habe, was man dies nicht nur aus den Worten, sondern auch aus den Taten schließen könne. Während die ehemalige Regierung von der Prämisse ausging, dass Entspannung nur nach der Lösung der Frage über eine Vereinigung Deutschlands möglich wäre, was die Politik dieser Regierung zu einem vollständigen Stillstand geführt habe, hätten sich in der neuen Regierung jetzt jene Kräfte durchgesetzt, die eine Entspannung in Europa durch eine aktive Teilnahme beider Teile Deutschlands an diesem Prozess zu erreichen suchten. [„]Wir möchten nicht[“], bemerkte Bahr, [„]dass die BRD eine Insel des Kalten Krieges im Ozean der allgemeinen Entspannung wird und diesen Prozess aufhält, so wie es früher war.[“]

Diese Konzeption schlage, nach den Worten Bahrs, eine Schneise im heftigen Kampf innerhalb der Koalitionsregierung. Den Sozialdemokraten sei es gelungen, den Kanzler auf ihre Seite zu ziehen, allerdings träten eine Reihe einflussreicher Persönlichkeiten in der Regierung und in der CDU/CSU gegen diese Linie auf. Bahr meinte, sollte es der Regierung im kommenden Halbjahr nicht gelingen, einige konkrete Erfolge zu erzielen und damit die Richtigkeit dieser Konzeption zu beweisen, so könne nicht ausgeschlossen werden, dass in der bundesdeutschen Regierung erneut die Kräfte des „Kalten Krieges“ die Oberhand gewinnen.

* RGANI, F. 5, op. 59, d. 360, S. 50–54. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD, 10. März 1967, Nr. 64. Aus dem Diensttagebuch von A. D. Zacharov. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 08189, 18. März 1967, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs. vermerkt: „Hinweis, Informationsmaterial, in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU zur Kenntnis genommen, der geschäftsführende stellv. Sekretär D. Močalin. Referent V. Ežov [Unterschrift].“ Hs. Verfügung: „Ins Archiv, [Unterschrift unleserlich], 22 KVU. [Unterschrift unleserlich], 25-s/7, 20. April 1967.“ – Verteiler: „4 Ex.: 1 – Abteilung des ZK der KPdSU, 2 – 3. E[uropäische] A[bteilung] [des MfAA der UdSSR], 3 – V[erwaltung] A[ußenpolitische] I[nformation] [beim MfAA der UdSSR], 4 – zum Akt Nr. 163, 09. März 1967.“

In dieser Situation, unterstrich Bahr, sei die Regierung sehr daran interessiert, eine Verständigung mit der Sowjetunion zu erreichen, und auch bereit, mit der Sowjetregierung alle von ihr gestellten Forderungen über eine Normalisierung der Beziehungen sowie über eine Entspannung in Europa sachlich zu diskutieren. [„]Dabei[“], so Bahr, [„]sind wir bereit die früheren Ansichten in allen oben genannten Punkten zu überdenken.[“]

Als Beweis der Aufrichtigkeit seiner Bemühungen und der sich angeblich ankündigenden Änderungen in der bundesdeutschen Außenpolitik brachte Bahr folgende Argumente vor.

Im Wissen, dass das Misstrauen der sowjetischen Regierung gegenüber der Politik der BRD im Bereich der atomaren Bewaffnung ein ernsthaftes Hindernis auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen darstelle, sei die Regierung der BRD zu bilateralen Verhandlungen mit der Sowjetunion in dieser Frage bereit, damit es im Laufe dieser Verhandlungen gelinge, die UdSSR von unseren tatsächlichen Absichten zu überzeugen; sie bestehen darin, in Zukunft Bedingungen einer normalen industriellen Entwicklung der BRD sicherzustellen, weil die Zukunft Deutschlands in seinem industriellen Potenzial und seiner Technik liege. [„]Auf die Idee der Notwendigkeit bilateraler Verhandlungen mit der UdSSR kamen wir[“], so Bahr, [„]nach der kürzlich erfolgten Erklärung der Sowjetregierung, dass die UdSSR alles tun werde, damit die BRD nicht in den Besitz von Atomwaffen kommt. Diese Erklärung betrachten wir insofern als Basis für unseren Vorschlag, als dass sie, nach Meinung des Auswärtigen Amtes, eine Diskussion über Maßnahmen voraussetzt, deren Durchführung vonseiten der BRD die Sowjetunion zufriedenstellen könnte.[“]

Ich sagte Bahr, dass ich angesichts der äußersten Klarheit und Unerschütterlichkeit der Position der Sowjetregierung hinsichtlich einer atomaren Bewaffnung der BRD keinen Sinn darin sehe, in dieser Frage Verhandlungen zu führen.

Die sowjetische Regierung habe ihren Standpunkt dargelegt, der von den Interessen der Friedenssicherung und Sicherheit in Europa geleitet wird, und warte auf konkrete Taten vonseiten der Regierung der BRD. Ein Beweis für die Aufrichtigkeit der Bemühungen der BRD um die Entspannung wären konkrete Taten der Regierung der BRD, insbesondere der bedingungslose Beitritt der BRD zum Atomwaffensperrvertrag.

Bahr merkte an, dass die bundesdeutsche Regierung im Prinzip bereit sei, den Vertrag zu unterzeichnen. Bedenken gebe es nur bezüglich des Kontrollsystems. Die BRD möchte ein Kontrollsystem haben, das nur die Endresultate der Arbeit atomarer Anlagen kontrolliert, aber keine Kontrolle des Herstellungsprozesses an sich darstellt. Das Übereinkommen über den Kontrollmechanismus werde die Hindernisse für den Beitritt der BRD zum Vertrag beseitigen, merkte Bahr an, weil die neue Regierung keinerlei Bedenken hege, die mit den militärischen Aspekten des Vertrags verbunden seien.

Als er die Position der BRD zur Oder-Neiße-Grenze darlegte, sagte Bahr folgendes. [„]Wie bekannt, hat die Regierung der BRD ihre Bereitschaft erklärt, einen Vertrag über einen Gewaltverzicht, der sich auch auf das Territorium der DDR erstreckt, zu unterzeichnen. Die Grenzen der DDR, die nicht gewaltsam zu ändern sich die Regierung der BRD verpflichtet hat, schließen natürlich auch die Oder-Neiße-Grenze mit ein. Wir gehen davon aus[“], unterstrich Bahr, [„]dass diese Konzeption allen weitblickenden Politikern verständlich sein muss. Wer Wein kauft, interessiert sich nicht für die Form der Flasche, sondern für deren Inhalt. Ich verstehe[“], sagte Bahr, [„]den Inhalt unserer Vorschläge zum Gewaltverzicht als eine faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung.[“] Danach äußerte Bahr die Meinung, dass die Regierung der BRD zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Erklärung über die Anerkennung der Grenzen in einer klareren Form machen könne und bat, sich in der Bewertung der Absichten der Regierung nicht von Zeitungspropaganda leiten zu lassen.

Der dritte Ausgangspunkt, so Bahr, sei schließlich die Anerkennung der DDR. [„]Wir denken nicht, dass die Regierung der DDR den Willen des Volkes widerspiegelt, da sie von diesem kein Mandat bekommen hat, doch die Tatsache [selbst], dass sie existiert und ihre Macht sich über ein bestimmtes Territorium erstreckt, ist die Bundesregierung bereit zu bestätigen

und anzuerkennen.[“] Derzeit diskutiere man konkrete Maßnahmen, die diese Sichtweise de facto bekräftigen. Insbesondere werde offenbar bald eine innerhalb der Regierung im Wesentlichen abgestimmte Position angenommen, die eine gemeinsame Arbeit der BRD- und DDR-Vertreter in jenen internationalen Organisationen erlaube, in denen die BRD vertreten sei. Die BRD werde die bestehenden Einwände gegen die Teilnahme von DDR-Vertretern in diesen Organisationen zurücknehmen. [„]Ich[“], sagte Bahr, [„]bin nicht bereit jetzt andere konkrete Schritte in Richtung einer faktischen Anerkennung der Existenz der DDR zu nennen, die die BRD zu unternehmen gedenkt, da sie noch nicht abgestimmt und nicht ganz klar sind. Jedoch möchte ich anmerken, dass die Bundesregierung auch hier bereit ist, alles zu tun, was heute möglich ist.[“]

[„]In den Beziehungen zur Sowjetunion und den sozialistischen Ländern[“], setzte Bahr fort, [„]suchen wir etwas Neues, das zur Beseitigung des Misstrauens gegenüber der BRD beitragen könnte. Möglicherweise sind bilaterale Verhandlungen mit der Sowjetunion der Weg, der zum gegenseitigen Verständnis führt.[“] Bahr merkte an, dass dieser Vorschlag noch nicht ausgearbeitet sei und man ihn als Versuch betrachten müsse, eine Möglichkeit zu finden, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass die Regierung der BRD es nicht auf den Besitz von Atomwaffen abgesehen habe und bereit sei, eine neue „Ost“-Politik zu betreiben, ausgerichtet auf Entspannung in Europa. Man dürfe nicht glauben, dass die Regierung der BRD alles sofort erledigen könne. [„]Geben Sie uns Zeit, streuen Sie keinen Sand ins Getriebe[“], erklärte Bahr.

Bahr sprach sich für die Entwicklung von Kontakten zwischen der UdSSR und der BRD auf verschiedenen Ebenen mit dem Argument aus, dass im Zuge von Verhandlungen sukzessive, Schritt für Schritt, das Misstrauen in den Beziehungen zwischen unseren Ländern ausgeräumt werde. [„]Man muss endlich[“], erklärte Bahr, [„]den Teufelskreis, in dem wir keine Verhandlungen führen, weil wir uns gegenseitig nicht vertrauen, und uns nicht vertrauen, weil wir einander zu wenig kennen, durchbrechen.[“]

Ich stimmte Bahr zu, dass es wünschenswert wäre, die Kontakte, auf die er hingewiesen hat, zu entwickeln, und merkte an, dass die Botschaft in letzter Zeit, wie Bahr weiß, Treffen mit Vertretern der FDP und der CDU durchgeführt habe. Der Botschafter sei bereit, sich mit SPD-Politikern zu treffen, jedoch können sich die entsprechenden SPD-Politiker bisher auf keinen Termin für dieses Treffen einigen, obwohl die Botschaft nur jene Personen eingeladen hat, die die Parteiführung genannt hat.

Bahr erklärte, dass die Vertreter der SPD die Einladung der sowjetischen Botschaft gerne annehmen würden, und dass das Verschieben des Treffens seiner tiefsten Überzeugung nach nur mit der Auslastung der Parteiführung zu erklären sei, und von uns keinesfalls als Unwille, sich zu treffen, gesehen werden dürfe.

Ich machte Bahr darauf aufmerksam, dass das von ihm angesprochene Misstrauen gegenüber der BRD in der von der BRD betriebenen Politik begründet sei. Ich wies darauf hin, dass sowjetische Menschen, die den Krieg überlebten, für sich Schlüsse gezogen hätten; sie verfolgen aufmerksam die Entwicklung in der BRD und sie können nicht über die Fakten hinwegsehen, die in der Erklärung der Sowjetregierung vom 29. Januar dargelegt wurden.

Bahr erklärte, dass [„]wir die Sorge der Sowjetregierung bezüglich des Kräftezuwachses der NPD in der BRD verstehen und wir diese teilen.[“] Die Regierung beabsichtige, die Entwicklung dieser Partei aufmerksam zu beobachten und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Ausweitung ihres Einflusses auf die Bevölkerung durch Aufklärung zu verhindern. [„]Wir[“], sagte Bahr, [„]unterscheiden zwischen der NPD und jenen, die für sie stimmen.[“] Bahr nannte drei Kategorien von Personen, die für die NPD gestimmt hätten: ehemalige, unbelehrbare Nazis; kleine Handwerker, Händler und zumeist Bauern, die unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik der Regierung seien und aus Protest für die NPD gestimmt hätten, und die Jugend, die mit ihrer Stimme für die NPD ihren Protest gegen die initiativlose, in Stillstand befindlichen Außenpolitik der Regierung Erhard ausgedrückt habe.

Die Erklärung der Sowjetregierung, sagte Bahr, sei studiert worden und auf Anweisung Brandts bereite das Auswärtige Amt eine sachliche Antwort „ohne gegenseitige Schelte und Vorwürfe“ vor, [„]obwohl[“], so Bahr, [„]das schwer zu machen sein wird, weil in der sowjetischen Erklärung viele grobe Worte und Vorwürfe an die BRD gerichtet sind.[“]

Der Erste Sekretär der Botschaft der UdSSR in der BRD

A. Zacharov¹

¹ Hs. unterzeichnet.